

Gemeinde
Landkreis

Ansprechpartner(in)	
Telefon	Telefax
E-Mail	
Aktenzeichen (bitte stets angeben)	

Anschrift der Genehmigungsbehörde

Antrag auf Genehmigung eines Flächennutzungsplans (F-Plan)

über den Landkreis / die Region Hannover

Die Gemeinde beantragt hiermit gemäß § 6 BauGB die Genehmigung

<input type="checkbox"/>	des F-Plans (Neuaufstellung)	Nr. der Änderung / Ergänzung
<input type="checkbox"/>	der Änderung bzw. Ergänzung des F-Plans	
<input type="checkbox"/>	der Aufhebung / Teilaufhebung des F-Plans	

Angaben der Gemeinde	Vermerke der Genehmigungsbehörde
----------------------	----------------------------------

1. Bei Änderung, Ergänzung oder Aufhebung

1.1 Aufstellung des ursprünglichen F-Plans Bekanntmachung gemäß § 6 BBauG/§ 6 BauGB am	Datum
	Nummer
1.2 Letzte wirksame Änderung / Ergänzung Bekanntmachung gemäß § 6 BauGB am	Datum
1.3 Wirksamkeit des ursprünglichen F-Plans bzw. der bisherigen Änderungen / Ergänzungen	
a) Ist die Wirksamkeit des F-Plans im Rahmen von Gerichtsentscheidungen (inzident) in Frage gestellt worden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Gericht, Datum, Aktenzeichen der Entscheidung	
b) Liegt eine Bekanntmachung gemäß § 183 f Abs. 1 BBauG 1979 oder gemäß § 244 Abs. 2 BauGB 1987 vor?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
c) Ist gemäß § 155 a BBauG 1979 oder gemäß §§ 214 / 215 BauGB die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften geltend gemacht worden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

2. Angaben zur Raumordnung / Landesplanung

Dem F-Plan liegt zugrunde	
2.1 das Landes-Raumordnungsprogramm i. d. F. vom	Datum
2.2 das Regionale Raumordnungsprogramm i. d. F. vom	Datum
des / der	

Angaben der Gemeinde

Hierzu
Anlage/Seite

Vermerke der
Genehmigungs-
behörde

3.6 Förmliches Auslegungsverfahren (§ 3 Abs. 2 BauGB, § 4a Abs. 3 BauGB)

Durchgang

3.6.1 Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss liegt vor liegt nicht vor

Der Beschluss wurde gefasst	<input type="checkbox"/> vom Verwaltungsausschuss	am	Datum
	<input type="checkbox"/> vom Rat	am	Datum
	nach Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss	am	Datum

3.6.2 Der Beschluss hat zum Inhalt

Planentwurf Begründungsentwurf, Umweltbericht Auslegung

Ortsübliche Bekanntmachung am	Datum	Entsprechend der Hauptsatzung i.d.F. vom	Datum
durch			

3.6.3 Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange / der Behörden, einschließlich benachbarter Gemeinden am Datum

durch

3.6.4 Auslegung erfolgte gemäß der Bekanntmachung vom Datum bis Datum

3.6.5 Fand bei einer erneuten Auslegung eine Einschränkung hinsichtlich der Stellungnahmen statt (§ 4a Abs. 3 BauGB)? ja nein

Wenn ja, welche?

Ist das förmliche Auslegungsverfahren wegen Änderung des Planentwurfs wiederholt worden, so sind die Angaben der Nr. 3.6 für jeden Durchgang erforderlich. Diese Seite ist daher ggf. mehrfach auszufüllen.

3.7 Eingeschränkte Beteiligung nach Änderung oder Ergänzung des Planentwurfs nach dem förmlichen Auslegungsverfahren (§ 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB) oder Vereinfachtes Verfahren zur Änderung oder Ergänzung eines F-Plans (§ 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB, jeweils 1. Alternative)

3.7.1 Die Änderung/Ergänzung betrifft folgende Festsetzungen (stichwortartige Darstellung)

3.7.2 Die eingeschränkte Beteiligung erfolgte mit Anschreiben vom Datum

3.7.3 Beteiligte betroffene Öffentlichkeit (Name, Anschrift) und berührte Träger öffentlicher Belange / Behörden (ggf. auf besonderem Blatt fortsetzen)

BUS

Angaben der Gemeinde

Hierzu
Anlage/Seite

Vermerke der
Genehmigungs-
behörde

3.8 Stellungnahmen (§ 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, § 4a Abs. 3 und 5 BauGB, § 13 Abs. 2 BauGB)

3.8.1 Abschließende Prüfung aller Stellungnahmen sämtlicher Durchgänge des Verfahrens

- war erforderlich
 war nicht erforderlich, da keine abwägungsrelevanten
Stellungnahmen eingegangen sind

Der Beschluss wurde gefasst	<input type="checkbox"/> vom Rat _____ am	Datum
	nach Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss am	Datum

3.8.2 Benachrichtigung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB ist erfolgt ja nein

3.8.3 Nicht berücksichtigte Stellungnahmen (§ 3 Abs. 2 Satz 6 BauGB) liegen vor liegen nicht vor

3.9 Feststellungsbeschluss

3.9.1 Der Feststellungsbeschluss wurde gefasst

in öffentlicher Ratssitzung

<input type="checkbox"/> vom Rat _____ am	Datum
nach Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss am	Datum

3.9.2 Der Feststellungsbeschluss umfasst Plan Begründung

4. Sonstige Angaben

--

BUS

Angaben der Gemeinde

Vermerke der
Genehmigungs-
behörde

Anlagen

1. Auszug aus der Hauptsatzung mit den Bestimmungen über die Art der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 oder § 4a Abs. 3 BauGB. (Hat sich die Hauptsatzung während des Aufstellungsverfahrens geändert, so sind Auszüge der jeweils geltenden Fassung beizufügen, unter Angabe der Geltungsdauer)
2. Ablichtung der Rundschreiben gemäß § 4 BauGB und ggf. § 4a Abs. 5 BauGB an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, einschließlich der benachbarten Gemeinden
3. Ggf. Nachweis der Beteiligung von Stadtbezirken und Ortschaften gemäß § 94 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG
4. Ablichtung der Niederschrift über den Auslegungsbeschluss
5. Ablichtung der Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB; ggf. entsprechende Ausschnitte aus dem Amtsblatt / den Tageszeitungen
6. Vermerk über Beginn und Ende des Aushangs; ggf. auf Anlage(n) 5, 7 und 8
7. Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ausgelegter Entwurf des F-Plans bei mehrmaliger öffentlicher Auslegung die entsprechende Fassung
8. Entwurfsbegründung einschließlich Umweltbericht, bei mehrmaliger öffentlicher Auslegung die entsprechende Fassung
9. Ablichtung der Benachrichtigung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange einschließlich der benachbarten Gemeinden gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB
10. Ablichtung der während des Planverfahrens fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, einschließlich der benachbarten Gemeinden, sowie (bei F-Plänen von Samtgemeinden oder sonstigen Planungsverbänden) der Mitgliedsgemeinden gemäß § 205 Abs. 7 BauGB; die umweltbezogenen Stellungnahmen sind, soweit sie gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ausgelegt haben, entsprechend zu kennzeichnen
11. Übersichtskarte mit Kenntlichmachung der Darstellungen, auf die sich nicht berücksichtigte Stellungnahme beziehen, soweit es zum Verständnis zweckmäßig ist
12. Ablichtung der Niederschrift über den Beschluss zu Stellungnahmen
13. Ablichtung der Niederschrift über den Feststellungsbeschluss zum F-Plan
14. F-Plan (Urschrift und eine Ausfertigung)
15. Begründung einschließlich Umweltbericht (Urschrift und eine Ausfertigung)
16. Ggf. sonstige nicht in die Begründung aufgenommene Unterlagen, wie z. B. Schallgutachten, landschaftspflegerische Beiträge usw

Alle Ablichtungen stimmen mit der Urschrift überein.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift der Gemeinde